

**Wahlordnungen
der
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ**



Dokument:	Wahlordnungen	
Version:	Geänderte Fassung	
Stand:	19.05.2022 / 42. Bundesparteitag	Gültigkeit: § 36 Bundessatzung
Versammlungsleiter:	Bastian Röhm, Stellvertreter: Thomas Kreidemeier	Diese Satzung ersetzt die Fassung vom 17.10.2020
Protokollführerin:	Anja Hübner, Stellvertreterin: Aída Spiegeler Castañeda	

Anmerkung: Aus Gründen der Vereinfachung wird auch bei Amtsinhaberinnen die männliche Form verwendet.

INHALTSVERZEICHNIS

- A. WAHLORDNUNG FÜR DIE WAHL DES BUNDESVORSTANDES
- B. WAHLORDNUNG FÜR DIE WAHL DER MITGLIEDER DER PARTEISCHIEDSGERICHTE
UND DER KASSENPRÜFER
- C. WAHLORDNUNG FÜR WAHLEN VON BEWERBERN FÜR VOLKSVERTRETUNGEN
 - C.1 WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT (EUROPAWAHL)
 - C.2 WAHLEN VON BEWERBERN FÜR NATIONALE VOLKSVERTRETUNGEN

A. Wahlordnung für die Wahl des Bundesvorstandes

§ 1 Diese Wahlordnung ist Teil der Bundessatzung.

§ 2 Der Bundesvorstand wird in jedem zweiten Kalenderjahr auf einem Bundesparteitag gewählt. Wiederwahlen sind möglich.

§ 3 Eine Nachwahl von Bundesvorstandsmitgliedern ist auf Antrag des Bundesvorstandes oder der Gebietsvorstände - unter Gewährleistung der Vorschlagsberechtigung der Parteibasis - zu jedem Bundesparteitag möglich.

§ 4 Der Bundesvorstand sollte aus mindestens 4 und maximal 20 Mitgliedern bestehen. Die Anzahl der weiblichen und männlichen Mitglieder sollte in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Die Mitglieder des Bundesvorstandes und aller nachgeordneten Gebietsvorstände müssen mehrheitlich deutsche Staatsbürger sein. Im Einzelnen besteht der Bundesvorstand aus:

1. den Bundesvorsitzenden
2. dem Generalsekretär
3. dem stellv. Generalsekretär
4. dem Bundesschatzmeister
5. dem stellv. Bundesschatzmeister
6. dem Bundesschriftführer
7. dem stellv. Bundesschriftführer
8. dem Bundesgeschäftsführer
9. maximal 10 Beisitzern.

§ 5 Die zu wählenden Mitglieder des Bundesvorstandes dürfen nicht in einer der Partei nahestehenden politischen Stiftung ihren Funktionen vergleichbare Ämter bekleiden.

§ 6 Die Wahl des Bundesvorstandes ist geheim.

§ 7

a) Die Wahl der Mitglieder des erweiterten Präsidiums des Bundesvorstandes wird in getrennten Wahlgängen durchgeführt.

b) Die Wahl der Beisitzer erfolgt ebenfalls in geheimer Wahl, jedoch als Blockwahl. Wer im ersten Wahldurchgang der Blockwahl die absolute Mehrheit bekommt, ist gewählt. Sind nach dem ersten Blockwahldurchgang noch Beisitzer-Positionen offen, erfolgt ein zweiter Wahldurchgang, der ebenfalls als Blockwahl abzuhalten ist, bei dem jedoch die bereits Gewählten nicht mehr antreten. Wer von den nun noch Antretenden im zweiten Wahldurchgang die absolute Mehrheit erhält, ist gewählt.

§ 8 Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmenerhält (absolute Mehrheit). Erreicht niemand eine absolute Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt, wobei gewählt ist, wer die meisten abgegebenen Stimmen (relative Mehrheit) auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stichwahl zwischen den erstplatzierten stimmengleichen Kandidierenden und bei erneuter Stimmengleichheit der Losentscheid

§ 9 Allen Kandidierenden muss die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst und die politischen Schwerpunkte in angemessener Form auf dem Bundesparteitag vorzustellen. Eine Kurzvorstellung aller eingegangenen Kandidaturen soll vom Bundesvorstand auch vorab organisiert werden.

§ 10 Vorschlagsberechtigt sind die Vorstände und Mitgliederversammlungen aller Gebietsverbände, die beiden Kammern des Parteischiedsgerichts, der Rat der Landesvorsitzenden, die Bundesarbeitskreise, der amtierende Bundesvorstand und jedes Mitglied der Partei. Vorschläge können auf dem Bundesparteitag eingebracht werden, Kandidaturen sollen jedoch so früh wie möglich bei der Bundesgeschäftsstelle eingehen.

§ 11 Der Bundesvorstand erstellt auf der Grundlage der eigenen und sonstigen eingegangenen Vorschläge eine Kandidierendenliste. Die auf dem Bundesparteitag gemachten Vorschläge sind in die Liste einzufügen. Die Chancengleichheit aller Kandidierenden ist hierbei zu wahren. Eine formal-organisatorische Bevorteilung oder Benachteiligung von Kandidierenden gegenüber anderen ist nicht zulässig.

§ 12 Die Anzahl der weiblichen und männlichen Kandidaten sollte in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

§ 13 Ein Funktionsträger verliert seine Funktion durch:

1. turnusmäßige Neuwahl, Erlöschen der Funktion oder Ablauf der satzungsmäßigen Amtszeit,
2. Niederlegung,
3. Aberkennung der Fähigkeit, eine Funktion zu bekleiden, durch den Bundesparteitag,
4. Verlust der Mitgliedschaft,
5. Verlust der Mitgliedschaft in einem Parteiorgan, von dem die Funktion abhängig ist.

B. Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder der Parteischiedsgerichte und der Kassenprüfer

§ 1 Diese Wahlordnung ist Teil der Bundessatzung.

§ 2 Die Mitglieder der Parteischiedsgerichte (Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende und Beisitzer) werden in jedem zweiten Kalenderjahr auf einem Bundesparteitag gewählt. Wiederwahlen sind möglich.

§ 3 Eine Nachwahl von Mitgliedern der Parteischiedsgerichte sowie der Kassenprüfer ist auf Antrag des Bundesvorstandes oder der Gebietsvorstände zu jedem Bundesparteitag möglich.

§ 4 Die Mitglieder der Parteischiedsgerichte werden in geheimer Wahl gewählt: der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts 1. Kammer und sein Stellvertreter sowie der Vorsitzende des Schiedsgerichts der Landesverbände und sein Stellvertreter werden in separaten Wahlgängen gewählt, die Beisitzer in Blockwahl. Die Mitglieder der 2. Kammer werden ebenfalls in geheimer Wahl, aber in Blockwahl gewählt.

§ 5 Für die Wahl der Mitglieder der Parteischiedsgerichte und der Kassenprüfer gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Wahl des Bundesvorstandes (Abschnitt A, § 8).

§ 6 Die Kassenprüfer (maximal 3) werden in geheimer Wahl (Blockwahl) für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen kann.

§ 7 Allen Kandidaten muss die Möglichkeit gegeben werden, sich in angemessener Form vorzustellen. Nähere Bestimmungen regelt die Geschäftsordnung des Bundesparteitages.

§ 8 Vorschlagsberechtigt sind alle Gebietsverbände über ihre amtierenden Vorstände, der amtierende Bundesvorstand und die auf dem Bundesparteitag anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder.

§ 9 Der Bundesvorstand erstellt auf der Grundlage der eigenen und der Vorschläge aus den Gebietsverbänden eine Kandidatenliste. Die auf dem Bundesparteitag gemachten Kandidatenvorschläge sind in die Liste einzufügen.

§ 10 Die Anzahl der weiblichen und männlichen Kandidaten sollte in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen; die zu wählenden Mitglieder der Parteischiedsgerichte sowie die Kassenprüfer sollten möglichst verschiedenen Gebietsverbänden angehören.

§ 11 Die Kandidatenvorschläge der Gebietsverbände für Mitglieder der Parteigerichte sowie der Kassenprüfer sind nicht auf Parteimitglieder des eigenen Gebietsverbandes beschränkt.

§ 12 Die Kandidaten für die Parteischiedsgerichte sowie die zu wählenden Kassenprüfer dürfen keine Ämter in Gebietsvorständen bekleiden oder in einem beruflichen bzw. finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei oder zu einem Gebietsvorstandsmitglied stehen oder mit Letztgenanntem verwandt oder verheiratet sein oder in eheähnlicher Gemeinschaft leben.

C.1 Wahlen zum Europäischen Parlament (Europawahl)

§ 1 Die Partei hat die Möglichkeit, Wahlvorschläge über Landeslisten (für jedes Bundesland eine eigene Liste) oder eine gemeinsame Liste für alle Bundesländer beim zuständigen Wahlleiter einzureichen.

§ 2 Der Bundesvorstand entscheidet gemäß § 8 Absatz 2 EuWG (Europawahlgesetz) über die Einreichung der Wahlvorschläge (Länderlisten oder gemeinsame Bundesliste).

§ 3 Entscheidet sich der Bundesvorstand für die Einreichung einer gemeinsamen Bundesliste für alle Bundesländer, so werden die Bewerber bzw. Ersatzbewerber auf einem Bundesparteitag gewählt.

§ 4 Vorschlagsberechtigt sind alle Gebietsverbände über ihre amtierenden Vorstände, der amtierende Bundesvorstand und die auf dem Bundesparteitag anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder.

§ 5 Für die Aufstellung einer gemeinsamen Bundesliste für alle Bundesländer werden die Bewerber und evtl. Ersatzbewerber für die jeweiligen Listenplätze von den Gebietsvorständen durch die Einreichung einer Kandidatenvorschlagsliste vorgeschlagen. Die Wahlvorschläge sind durch die Vorstände der Gebietsverbände spätestens 4 Wochen (Datum des Poststempels) vor dem Bundesparteitag der Bundesgeschäftsstelle schriftlich bekanntzugeben.

§ 6 Auf Beschluss des Bundesvorstandes kann die Frist für die Einreichung der Kandidaten-Vorschläge durch die Gebietsverbände verlängert werden. Die Vorstände der Gebietsverbände sind umgehend darüber zu informieren. Die Vorschläge sind in diesem Falle bis spätestens 2 Wochen vor einer Bundesvorstandswahl bei der Bundesgeschäftsstelle per Brief, Fax oder E-Mail einzureichen. Es zählt das Datum des Poststempels oder das Datum des Fax- bzw. E-Mail-Eingangs.

§ 7 Der Bundesvorstand erstellt auf der Grundlage der eigenen und der Vorschläge aus den Gebietsverbänden eine Kandidatenliste. Die auf dem Bundesparteitag gemachten Kandidatenvorschläge sind in die Liste einzufügen.

§ 8 Jeder Bewerber bzw. Ersatzbewerber muss nach § 6 b Absatz 1 EuWG wählbar sein.

§ 9 Die Anzahl der weiblichen und männlichen Bewerberinnen und Bewerber sollte bei der Listenerstellung in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

§ 10 Im ersten Wahlgang (Blockwahl) stellen sich alle Kandidaten zur Wahl, die auf der Kandidatenvorschlagsliste des Bundesparteitages aufgeführt sind. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen und gültigen Stimmen erhält (absolute Mehrheit).

In einem zweiten Wahlgang werden die Kandidaten für die jeweiligen Listenplätze gewählt. Jeder einzelne Listenplatz wird in einem geheimen und separaten Wahlgang ermittelt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen und gültigen Stimmen erhält (absolute Mehrheit). Erreicht kein Kandidat eine absolute Mehrheit, findet ein weiterer Wahlgang statt, wobei gewählt ist, wer die meisten abgegebenen Stimmen (relative Mehrheit) auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 11 Die Vertrauensperson, die stellvertretende Vertrauensperson sowie zwei weitere Wahlhelfer werden durch offene Abstimmung gewählt. Sie tragen sowohl für die Richtigkeit der Auszählung der Stimmen Sorge als auch dafür, dass die erforderlichen Unterlagen sorgfältig ausgefüllt und unterschrieben werden.

§ 12 Der Leiter der Versammlung, der Schriftführer, die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson sind dafür verantwortlich, dass alle zu den Wahlvorschlägen nötigen Unterlagen dem Bundeswahlleiter rechtzeitig zugestellt werden.

C.2 Wahlen von Bewerbern für nationale Volksvertretungen

§ 1 Der Bundesparteitag entscheidet über die Teilnahme an Bundestagswahlen sowie über die Aufstellung von Bewerberlisten und Direktkandidaten. Über die Teilnahme an Bundestagswahlen in den einzelnen Bundesländern sowie über die Aufstellung von Direktkandidaten entscheidet der zuständige Gebietsverband.

§ 2 Über die Teilnahme an Landtags- bzw. Senatswahlen oder Kommunalwahlen sowie über die Aufstellung von Bewerberlisten und Direktkandidaten entscheidet der zuständige Gebietsverband unter Berücksichtigung von § 29.5 der Bundessatzung.

§ 3 Für die Wahlen der Bewerber zu Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen gelten sinngemäß die Bestimmungen der Wahlordnung für Wahlen zum Europäischen Parlament, falls die Satzungen der zuständigen Gebietsverbände hierzu keine anderen Regelungen enthalten.

Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt auf Beschluss des Bundesparteitages am 17. Oktober 2020 in Erlangen mit sofortiger Wirkung in Kraft.